



Atom Müll Bayern wusste es

Anders als von der bayerischen Landesregierung dargestellt, haben Vertreter des Freistaats mehrmals mit dem Bund über die Rücknahme von Atom Müll verhandelt. Wie aus einer Antwort des Bundesumweltministeriums (BMUB) auf eine Anfrage der Bundestagsabgeordneten Sylvia Kotting-Uhl (Grüne) hervorgeht, ist das bayerische Umweltministerium zwischen Oktober 2013 und Juni 2015 zu dem Thema kontaktiert worden. Im vergangenen März bestätigte es die „technische Machbarkeit“, wieder aufzubereiten und aus Deutschland stammenden Atom Müll im AKW Isar bei Landshut einzulagern. Mitte Juni hatte das BMUB die Regierungen von Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg, Hessen und Bayern dann vorab informiert, 26 Castoren aus Wiederanfertigungsanlagen auf die vier Bundesländer zu verteilen. red

Vergewaltigung Reform mit Lücken

Die geplante Verschärfung des Vergewaltigungsparagrafen stößt unter Praktikern auf Kritik. „Wir sind Kriminalisten genug, um zu wissen, dass die Reform geringe Erfolgchancen hat“, sagt der Vizechef des Bundes der Kriminalbeamten, Ulf Küch. Die von Justizminister Heiko Maas erhoffte Schließung von Schutzlücken für Vergewaltigungsoffer werde sich nicht einstellen, „weil die Reform die Bedingungen einer strafbaren Vergewaltigung immer weiter in die Gefühlswelt der

Rüstung Rechenchaos im Ministerium

Das Verteidigungsministerium hat sich bei der Entwicklung der Kosten von zwei bedeutenden Rüstungsprojekten um jeweils rund eine Milliarde Euro verrechnet. Dies geht aus einem internen Bericht des Ministeriums auf Anfrage der Linken-Abgeordneten Gesine Lötzsch hervor. Demnach konnten beim Lenkflugkörper „Meteor“ nicht 1,2 Milliarden Euro im Vergleich zur Ursprungsplanung eingespart werden, sondern lediglich 11 Millionen. Die erste Annahme beruhe „auf einem fehlerhaften Datenwerk“ sowie auf Stückzahlabschätzungen aus dem Jahr 2000, räumte das Verteidigungsministerium nun ein. Auch beim Schützenpanzer „Puma“ sind die Rechenexperten des Bandlerblocks durcheinandergekommen. So liege der „Puma“ nicht rund 2,3 Milliarden Euro über den ursprünglichen Planungen, sondern 1,3 Milliarden Euro. Als Ursache für die verschwundene Milliarde gibt das Verteidigungsministerium an, man habe sich zunächst fälschlich auf eine „grobe Schätzung“ verlassen. Das Ministerium räumte ein, dass beide Fehler erst „während der Bearbeitung“ der Anfrage bemerkt worden seien. gor

Opfer verlagert“. Maas will etwa sexuelle Angriffe unter Strafe stellen, bei denen das Opfer aus Angst vor einem „empfindlichen Übel“ keinen Widerstand leistet. „Für unsere Ermittlungen sind wir auf objektive Spuren angewiesen“, warnt Küch. Kritik äußert auch der Chef des Deutschen Richterbunds, Christoph Frank: „Der größte Erfolg des Gesetzgebers dürfte sein, einen öffentlichen Erwartungsdruck auf die Justiz aufzubauen.“ Richter und Staatsanwälte würden es ausbaden, „wenn wir wegen Beweisproblemen keine höhere Urteilsquote erreichen“. ama



Der Augenzeuge

Landlust statt Landfrust

Manfred Weiner, 71, ist Bürgermeister der Gemeinde Ottenstein in Niedersachsen. Weil hier die Bevölkerung voraussichtlich bis 2030 um 15 Prozent schrumpfen wird, hat sich Weiner etwas einfallen lassen: Er verschenkt Grundstücke und will so junge Familien anlocken.

„Alles begann mit dem Antrag zur Schließung unserer Grundschule. Momentan werden hier noch 50 Kinder unterrichtet, aber es werden immer weniger. Über 600 Bürger von Ottenstein haben gegen die Schließung protestiert. Das war im Dezember 2014. Dann habe ich mir überlegt, wie man das Problem lösen kann und wie wieder mehr Kinder nach Ottenstein kommen. Ich stellte fest, dass wir einen Hektar Ackerland für 180 Euro im Jahr an Bauern verpachten, wenig Geld für viel Fläche. Wie kann ich hier zu mehr Geld kommen und den Bestand der Grundschule sichern, fragte ich mich. Leider spüren wir hier im südlichen Niedersachsen den demografischen Wandel sehr stark. Ich war mir sicher, die billig verpachtete Ackerfläche könnte man besser nutzen. Es scheint da auf den ersten Blick grotesk, dass wir nun die Grundstücke sogar verschenken. Aus dem Gemeinderat hieß es: Der Weiner hat nicht alle Tassen im Schrank. Dabei geht die Rechnung auf. Hätten wir die Grundstücke verkauft, wären kurzfristig etwa 130 000 Euro in die Kasse gekommen. Doch wenn wir langfristig Familien nach Ottenstein holen, lohnt sich das bereits durch die Einkommensteuer. Die Kosten für die Erschließung der Bauplätze tragen die neuen Besitzer außerdem selbst. Leider liegt unser Dorf fernab von Metropolregionen und Hauptverkehrsstraßen. Trotzdem will ich bei den Menschen Landlust statt Landfrust wecken. Doch der wird immer schlimmer werden, wenn wir die Grundschule schließen müssen. Dabei haben wir eine gute Infrastruktur in Ottenstein: Ärzte, Gaststätten, Supermärkte und eine Nachmittagsbetreuung. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft ausgerichteten Wettbewerbs ‚Unser Dorf hat Zukunft‘ haben wir Ende Juni unsere Ideen vorgestellt, unter anderem die Grundstücksaktion. Dabei geht es um zwölf Bauplätze mit Hangblick. 35 Interessenten haben sich schon gemeldet. Wir vergeben die Grundstücke nach bestimmten Kriterien: Die neuen Besitzer sollten maximal 40 Jahre alt sein. Familien werden bevorzugt. Außerdem müssen sie spätestens nach drei Jahren mit dem Bau beginnen. So wollen wir auch Spekulanten fernhalten. Ich selbst habe drei Kinder, die alle weggezogen sind. Ich bin seit fast 39 Jahren hier Bürgermeister und hoffe, dass der eine oder andere junge Mensch bleibt.“

Aufgezeichnet von Anna Reuß